

Seit der Jahrtausendwende werden die Thüringerinnen und Thüringer alle zwölf Monate im Auftrag der Staatskanzlei politisch geröntgt. Diese repräsentative „Reihenuntersuchung“ geschieht, versteht sich, auf freiwilliger Basis, und der Instrumentenkasten, der dabei zum Einsatz kommt, heißt Thüringen-Monitor. Das klingt nach „Monitoring“, auf Deutsch nach Überwachung, und allein schon deshalb – manchmal aber auch, weil sich jemand an einem Ergebnis stört – lösen die Befragungen mitunter Unmut aus. Dabei handelt es sich im Grunde um nichts anderes als eine jener demoskopischen Erhebungen, wie sie uns fast täglich begegnen. Nur dass diese Durchleuchtung der politischen Kultur eines ganzen Bundeslandes regelmäßig stattfindet und nicht von kommerziellen Interessen bestimmt wird.

Der jüngste Monitor strahlt dunkel. Nicht einmal mehr die Hälfte der gut zwei Millionen Thüringer ist zufrieden mit der Demokratie; noch neun Prozentpunkte weniger, nämlich 39 Prozent, vertrauen der Landesregierung, der Bundesregierung gar nur 22 Prozent. Was Marion Reiser, meine Kollegin am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Jena, die für die Studie verantwortlich zeichnet, besonders beunruhigt, ist der dramatische Absturz der Zufriedenheitskurve um sage und schreibe 17 Prozentpunkte binnen eines Jahres; das ist so steil wie noch nie seit Beginn der Messungen.

Doch der Forschungsbericht hält auf 252 Seiten noch andere Überraschungen bereit, und manche davon sind nicht leicht auf einen Nenner zu bringen. Mich hat unter anderem die Diskrepanz zwischen der Zufriedenheit der Befragten mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation und ihrer Einschätzung der allgemeinen Lage frappiert: Zwar beurteilten, anders als in den letzten beiden Jahren vor Corona, nicht mehr satte 80 Prozent, sondern nur mehr 74 Prozent ihre eigenen finanziellen Verhältnisse als „sehr gut“ oder „gut“; aber im Vergleich mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Gesamtlage ist das noch immer sehr beachtlich, denn die erscheint fast der Hälfte als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Dabei ist es allenfalls der auch in Thüringen angekommene Fachkräftemangel, der die seit Jahren florierende ökonomische Entwicklung bremsen könnte.

Eine ähnliche Lücke klafft zwischen der Einschätzung des eigenen sozialen Umfelds und den Mutmaßungen über die weitere Umgebung. Sowohl auf dem Land als auch in Erfurt und Jena, den größten Städten des kleinen Freistaats, beschreiben die Menschen die Situation als familienfreundlich und das soziale Gefüge als intakt. Und um die 90 Prozent fühlen sich

Ausgeleuchtet

Jedes Jahr werden die Thüringer nach ihrer Meinung gefragt, so gering wie jetzt war ihr Demokratievertrauen lange nicht.

Passt die Rede von den „Abgehängten“ noch?

Von Norbert Frei

mit ihrer Gemeinde, aber auch mit der Region und dem Land verbunden, die Hälfte identifiziert sich sogar „sehr“. Zugleich hegt ein knappes Drittel der Befragten negative Erwartungen für die Zukunft des eigenen Wohnorts – je ländlicher dieser ist, desto düsterer sind die Befürchtungen.

Aus diesen Zahlen spricht das von den Sozialwissenschaften vielfach diagnostizierte „Abgehängtsein“ beziehungsweise die Angst davor. Die Forscher sehen in dem Gefühl einen wichtigen Anknüpfungspunkt des Populismus. Wobei sie diesen nicht vorschnell mit Rechtsextremismus gleichgesetzt wissen wollen, schon gar nicht mit Antisemitismus, dem seit jeher ein Augenmerk des Thüringen-Monitors gilt.

Den Menschen geht es gut, sie fühlen sich wohl – aber sie befürchten immerzu Schlimmes

Spätestens hier wird die Analyse allerdings kompliziert. Denn je genauer man hinschaut, umso widersprüchlicher erscheinen die Befunde. So sinkt zum Beispiel seit Jahren die Zustimmung zu dem Satz: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ Während 2018 noch ein Drittel der Befragten dieser Aussage zustimmte, waren es vier Jahre später „nur“ zwölf Prozent. Auch die Behauptung, die Juden hätten „einfach etwas Besonders und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, stößt in den letzten drei Jahren mit acht, vier und sechs Prozent auf deutlich weniger Zuspruch als noch 2019, als sich deprimierende 16 Prozent dazu bekannten.

Der naheliegenden Überlegung, dies könnte mit dem betont israelfreundlichen (weil antimuslimischen) Kurs der AfD zusammenhängen – sie käme mit ihrem Frontmann Björn Höcke laut Umfragen derzeit in Thüringen auf 30 Prozent –, steht ein anderer Befund im Weg, der sich auf die fatale Kernkompetenz der bereits seit 2014 im Erfurter Landtag vertretenen Rechtsradikalen bezieht: die Verharmlo-

sung und Verherrlichung der NS-Zeit. Denn auch dafür sind die Thüringer trotz der unentwegten Bemühungen des ehemaligen Geschichtslehrers Höcke in den letzten Jahren immer weniger empfänglich geworden. Inzwischen meint „nur“ noch ein Zehntel der Befragten, der Nationalsozialismus habe „auch seine guten Seiten“ gehabt; das ist der niedrigste Wert seit den Anfängen des Thüringen-Monitors, als regelmäßig ein Fünftel diese Ansicht teilte.

Wirklicher Trost liegt in diesem Rückgang nicht. Eher sieht es so aus, als hätte ein Teil der AfD-Klientel gelernt, „was man besser nicht sagt“ – getreu der neu-rechten Fama von den angeblichen „Meinungskorridoren“. Schaut man sich nämlich an, wie es um autoritäre Positionierungen steht – etwa das Verlangen nach strafbarer Führung –, dann stößt man auf extrem gewachsene Zustimmungsraten. Fast zwei Drittel der Befragten denken mittlerweile, in „diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“, und nicht viel weniger (61 Prozent) sind der Meinung, es sei jetzt nötig, „Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten“.

Die Demokratie- und Elitenverachtung, die aus solchen Statements spricht, ist natürlich keine thüringische Spezialität. Dass „die da oben“ nicht den „Willen des Volkes“ beherzigen, sondern nur ihren eigenen Interessen folgen – bis hin zu dem Ziel, „das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen“, was immerhin 17 Prozent der Befragten glauben –, das kann man in ganz Deutschland hören. Und in Bayern hat es, wie bekannt, unlängst sogar der stellvertretende Ministerpräsident fertiggebracht, sich gegen die „Deppen da oben“ in Stellung zu bringen. Eine AfD, die solche „Gegner“ hat, braucht keine Freunde mehr.



Norbert Frei ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte in Jena.